

Kultur nicht mit links, aber mit DIE LINKE

Die Fraktion DIE LINKE. in der Stadtverordnetenversammlung Bernau bot am Dienstag, dem 3. Februar ein öffentliches Forum zur weiteren Entwicklung von Kunst und Kultur in der Hussiten-Stadt und ihren Ortsteilen. Die Fraktionsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann konnte zahlreiche Kunst- und Kulturschaffende in der Galerie Bernau begrüßen.

Dass Bernau dank des engagierten Wirkens seiner vielen Vereine und des Kulturamtes der Stadt ein vielfältiges Kulturangebot habe, daran zweifelte niemand in der Runde. „Aber“, so Dagmar Enkelmann, „Bernau wuchert zu wenig mit seinem Pfund Kultur.“ Zu einer notwendigen Vernetzung will auch die Geschäftsführerin der neu gegründeten Stadtmarketinggesellschaft Bernau, Franziska Gerlach, beitragen. „Nur wenn uns diese Vernetzung gelingt, können wir auch noch einen ´Mehrwert´ an Kultur erreichen“, so Frau Gerlach.

Aber Kultur sei nicht nur ein Wirtschaftsfaktor und Marketingeffekt, so die Wissenschaftlerin Dr. Hildegard Bossmann in ihrem Vortrag, sondern sie müsse auch nachhaltig zu Bildung und Lebensqualität, zum sozialen Zusammenhalt der Bewohner einer Stadt beitragen. Dazu brauche es verlässliche Strukturen und Förderung der engagierten Akteure. Dr. Hildegard Bossmann offerierte konkrete Vorschläge. Sie warb dafür, ein ehrenamtliches Forum von Kulturschaffenden zu bilden, das die Öffentlichkeit einbezieht und den Stadtverordneten und der Stadtverwaltung vor der Beschlussfassung zu kulturellen Themen als Beratergremium zur Seite stehen könnte. Dafür erntete sie regen Zuspruch.

Die kulturellen Akteure beklagten aber auch, dass in Bernau zwar schon mehrere Konzepte zur Förderung von Kunst und Kultur in Auftrag gegeben und erarbeitet wurden, dass die Umsetzung eher schleppend voran gehe. Hier würde alles auf die lange Bank geschoben. Dadurch fühlten sich die anwesenden Vertreter der Stadtverwaltung angegriffen. Sabine Oswald vom Kulturamt der Stadt erwiderte, dass sie im Kulturamt ganze zwei Mitarbeiterinnen seien, die das gesamte Kulturangebot der Stadt koordinierten. Dazu gehören u.a. die Vorbereitung des Hussitenfestes und des Festivals Alter Musik sowie eines über die Region hinaus bekannten Kinderfilmfestivals. Mit der Erstellung des monatlichen Kulturkalenders und der Koordination des kulturellen Angebots der 55 Vereine würden sie an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen. Mehr könne man einfach nicht leisten. Herr Seeger, Leiter des Stadtplanungsamtes, gab den anwesenden Stadtverordneten, nicht nur aus der Fraktion der LINKEN folgendes zu bedenken: Die Stadt Bernau sei von 1990 mit 19.000 Bewohnern auf jetzt 36.000 Bewohner angewachsen. Ein solches Wachstum sei erfreulich, aber eine Herausforderung für die Stadtverwaltung. Das Personal und die Strukturen seien jedoch gleich geblieben. Wenn die Familie aber so gewachsen sei, komme man mit einem vollgestopften Trabi eben nur sehr langsam ans Ziel, fügte er ein Bonmot an. Vielleicht brauche man zwar keine Luxus-Limousine aber doch eine größere Familienkutsche, gab er zu bedenken.

Dr. Dagmar Enkelmann nahm diese Kritik auf. Sie sei zwar keine Verfechterin einer aufgeblähten Verwaltung, „aber wir haben in Bernau keine schlanke Verwaltung“, konstatierte sie, „sondern eine ausgesprochen dürre.“ Und wenn die Stadt so gewachsen sei und sich weiter als sozio-kultureller Lebensmittelpunkt einer wachsenden Bevölkerung entwickeln wolle, dann müsse man auch in dieser Hinsicht im politischen Raum nach Lösungen zu suchen, versprach sie.

Zum Ende der interessant und kontrovers geführten Debatte gab es noch den Vorschlag, das der Stadt zum Kauf angebotene Kantorhaus auf jeden Fall in öffentlichem Eigentum zu halten und daraus eventuell ein Haus für die Vereine zu machen. Die Stadtverordneten wollen auch diesen Vorschlag zur Debatte und zur Entscheidung in die Stadtverordnetenversammlung mitnehmen.

Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen, hieß es schon bei Goethe. Und so gingen die Teilnehmer zufrieden aus dem Haus. Den Vorschlägen nun auch Entscheidungen und Handlungen folgen zu lassen, sind die Stadtverordneten nicht nur der LINKEN aufgefordert.

maz